



## WESTERWELLE-Interview für die "Rhein-Neckar-Zeitung"

WESTERWELLE-Interview für die "Rhein-Neckar-Zeitung" <br /><br />Berlin. Das FDP-Präsidiumsmitglied Bundesaußenminister DR. GUIDO WESTERWELLE gab der "Rhein-Neckar-Zeitung" (Freitag-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellte Sören S. Sgries: <br />Frage: Anfang der Woche kam von der russischen Regierung der Vorschlag, die syrischen Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen. War das auch für Sie ein Überraschungscoup? <br />WESTERWELLE: Wir haben in St. Petersburg beim G20-Treffen, aber auch im Kreis der Außenminister in Litauen über diesen Vorschlag gesprochen. Ich begrüße, dass jetzt erstmals seit Monaten wieder Bewegung entstanden ist. <br />Frage: Aus Damaskus hieß es umgekehrt, man wolle auf den Plan eingehen. Ist das glaubwürdig? <br />WESTERWELLE: Das werden wir sehen. Den Worten müssen schnell Taten folgen. Eine internationale Inspektion der syrischen Chemiewaffen ist sicherlich technisch aufwendig und braucht ihre Zeit. Ein Beitritt Syriens zum Chemiewaffen-Übereinkommen ginge aber sofort. Hier kann das Regime zeigen, dass es nicht nur Taktik war, auf den russisch-amerikanischen Vorschlag einzusteigen. <br />Frage: Momentan laufen bilaterale Verhandlungen zwischen Moskau und Washington. Wann erwarten Sie dort handfeste Ergebnisse? <br />WESTERWELLE: Mit Prognosen halte ich mich aus guten Gründen zurück. Ich habe gestern auch mit dem französischen Außenminister noch einmal die Lage intensiv beraten. Wir stimmen darin überein, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bald zu einer gemeinsamen Haltung kommen sollte. Es darf nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden, wenn Chemiewaffen auf so furchtbare Weise eingesetzt werden. Aus deutscher Sicht ist es wichtig, dass der UN-Sicherheitsrat den Internationalen Strafgerichtshof beauftragt, die Vorwürfe zu untersuchen. <br />Frage: Momentan liegt der internationale Fokus auf den Chemiewaffen - der "konventionelle" Bürgerkrieg allein hat aber schon über 100 000 Opfer gefordert. Gerät das im Schatten der C-Waffen-Diskussion aus dem Blickfeld? <br />WESTERWELLE: In den öffentlichen Diskussionen mag das so sein, sicher nicht bei unseren diplomatischen Bemühungen für ein Ende des Bürgerkriegs und eine politische Lösung. Es geht darum, mit einer internationalen Konferenz in Genf unter Beteiligung der Bürgerkriegsparteien einen politischen Neuanfang für Syrien möglich zu machen. <br />Frage: Steht dafür eine gemeinsame Front, auch mit den Russen? <br />WESTERWELLE: Ich wünsche mir, dass wir im Zuge der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen, die am 23. September beginnt, wenigstens einen Fahrplan und Rahmenbedingungen für eine Genfer Konferenz erarbeiten können. Die Bewegung der letzten Tage könnte zu einer Chance dafür werden, dass der politische Prozess tatsächlich beginnt und in einer Genfer Konferenz mündet. Es wäre wichtig, dass auf dem Weg dorthin auch über eine Waffenruhe verhandelt wird. <br />Frage: Aktuelle Zeitungsberichte legen anderes nahe: Die "Washington Post" berichtet, die USA würden den Rebellen Waffen liefern. <br />WESTERWELLE: Ich kann zu solchen Medienberichten keine Stellung nehmen. Wir haben ganz deutlich gemacht, dass Deutschland keine Waffen nach Syrien liefern wird. Aus meiner Sicht ist die Gefahr, dass solche Waffen in falsche Hände geraten könnten, sehr real. <br />Frage: Gerücht zwei: Moskau soll Assad als Gegenleistung für das Chemiewaffen-Abkommen Waffen versprochen haben. <br />WESTERWELLE: Auch dazu kann ich mich nicht äußern. Ich bin als deutscher Außenminister in die Verhandlungen und Gespräche involviert. Das Spekulieren muss ich anderen überlassen. <br />Frage: In der aktuell diskutierten UN-Resolution werden militärische Sanktionen erwogen. Was ist die deutsche Haltung, wenn das zur Abstimmung kommt? <br />WESTERWELLE: Die deutsche Haltung ist bekannt: Eine deutsche Beteiligung an militärischen Syrien-Einsätzen ist weder erfragt, noch wird sie von der Bundesregierung erwogen. Wir sind davon überzeugt, dass alles getan werden muss, um eine politische, nicht-militärische Lösung zu ermöglichen. <br /><br />Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit <br />FDP-Bundesgeschäftsstelle <br />Thomas-Dehler-Haus <br />Reinhardtstraße 14 <br />10117 Berlin <br />T: 030 284958-41 / 43 <br />F: 030 284958-42 <br />presse@fdp.de <br />

## Pressekontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

## Firmenkontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichte Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit

gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitlich-staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.